

Beschlossen vom Landesparteitag am 07. November 2015 in Kassel:

*Antragsbereich C/Antrag 1*

*Landesvorstand*

## **Die digitale Gesellschaft gestalten**

**Unsere Leitforderungen für die Gestaltung der digitalisierten Gesellschaft:**

- 1. Wir wollen die neuen Chancen für mehr gute Arbeit nutzen. Das bedeutet mehr Solidarität statt Individualisierung, die neue Flexibilität für mehr Lebensqualität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Inklusion nutzen und Überforderung durch Dauererreichbarkeit technisch verhindern sowie ein Recht auf sinnstiftende Beschäftigung für alle.**
- 2. Wir wollen die erforderliche Qualifizierung der Menschen für die Chancen der Digitalisierung schaffen, den Wissens- und Technologietransfer modern umgestalten und durch die Ausbildungsgarantie Teilhabe an Arbeit sichern.**
- 3. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für unsere kleinteilige Wirtschaftsstruktur nutzen und kleine und mittelständische Unternehmen durch technische Infrastruktur und flächendeckende Breitbandtechnologie stärken sowie den Zugang zu Risikokapital fördern.**
- 4. Wir wollen wieder mehr Wirtschaftsdemokratie wagen: Wir wollen klare Regeln für mehr Wettbewerb und gegen globale Monopolbildung, Dezentralität fördern und die Mitbestimmungsrechte der digitalisierten Arbeitswelt anpassen. Dienstleistungen mit Daseinsvorsorgecharakter sollen auch in der digitalen Welt den gleichen Regeln zur Teilhabe aller folgen.**
- 5. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Zugang zum Netz für jede und jeden unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, sozialer oder kultureller Herkunft. Auch der Zugang zum Netz ist Bestandteil der Daseinsvorsorge.**
- 6. Wir wollen die weitere Spreizung von Bildungsgewinnern und Bildungsverlierern stoppen und durch Medienbildung allen die Chance geben auf Nutzung und Gestaltung der Neuen Medien sowie die wichtige Fähigkeit zur kritischen Reflexion und digitaler Selbstbestimmung.**
- 7. Wir wollen die Chancen für mehr Demokratie durch mehr Beteiligung und mehr Transparenz voranbringen und einen von kommerziellen oder einseitig politischen Interessen unabhängigen digitalen Journalismus unterstützen.**
- 8. Wir wollen, dass die Menschen die Herrschaft über ihre Daten zurückerlangen. Datensouveränität gelingt durch Datensparsamkeit. Auch für freiwillig gegebene Daten muss gelten: Einverständnis setzt Verstehen voraus, konkret, im Detail und für jede konkrete Nutzung im Voraus. Wir wollen ein Recht auf vollständige Rückholbarkeit / Löschbarkeit von personalisierbaren Daten.**
- 9. Bei der Vorratsdatenspeicherung sind wir weiterhin skeptisch.**
- 10. Die Netzneutralität ist für uns ein unverhandelbares Grundprinzip. Ein Mehr-Klassen-Internet lehnen wir entschieden ab.**

Internet und digitale Kommunikation haben längst alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfasst. Mit ihnen werden Produktionsbedingungen, Kommunikationsweisen und Wissensformen revolutioniert. Diese Umwälzung hat soziale und ökonomische Folgen, die vergleichbar sind mit den großen industriellen Revolutionen der Neuzeit, mit all ihren Chancen für Wohlstand, Fortschritt und Emanzipation, aber zugleich auch mit allen Risiken neuer sozialer Unsicherheit, Marginalisierung und Überwachung der Menschen. Daraus ergeben sich neue Fragen, die die Sozialdemokratie als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der guten Arbeit, der Freiheit und der Demokratie herausfordern.

Die digitale Gesellschaft verändert unser soziokulturelles Verständnis und Selbstverständnis in vielen Lebensbereichen. Dimensionen wie Privatheit und öffentliche Existenz, soziale Interaktionsformen und Verhaltensweisen, Norm- und Moralvorstellungen wandeln sich unter dem unbegrenzten Einfluss neuer Informationen und unerwarteter, mit kulturellen Gewohnheiten kaum zu vereinbarenden Verhaltensweisen. Die kulturelle Globalisierung erfährt durch die Digitalisierung eine dramatische Beschleunigung und erfordert Strategien zur Handhabung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und emotionaler Konsequenzen.

Digitale Vernetzungsprozesse sind auch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsprozesse, auch wenn ihre Dynamik ohne einen zivilen, privaten, oft spielerischen Umgang der Nutzerinnen und Nutzer nicht vorstellbar ist. Mit der Algorithmisierung des Sozialen, der fortschreitenden Digitalisierung von Person, Wissen, sozialen Beziehungen, zeichnen sich die Umriss einer kompletten Ökonomisierung und Kommerzialisierung unserer sozialen Fähigkeiten und Bedürfnisse ab: Gesellschaft wird zum ständig neu verwertbaren Datenkörper. Aber unsere Welt bleibt immer mehr als nur ihre Algorithmen.

Der ur-sozialdemokratische Fortschrittsoptimismus trifft mit der Digitalisierung auf einen Prozess, dessen Komplexität, Dynamik und Selbstbeschleunigung gesellschaftliche Prozesse vor ungekannte Herausforderungen stellt, für die es keine angemessenen Erfahrungswerte gibt. Noch keine Innovation hat eine so schnelle Durchdringung aller Lebensbereiche geschaffen.

Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, die gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur in Bezug auf Wirtschaft und Ökonomie zu erkennen, sondern den Einfluss der fortschreitenden Digitalisierung auf alle sozialen Lebensverhältnisse ebenso wie die enormen Entwicklungspotenziale einzuschätzen, um sie mit politischen Optionen zu verbinden.

Wir konkretisieren die sozialdemokratische Vorstellung einer freien, gleichen und gerechten Ordnung für die digitale Gesellschaft. Für uns gilt, unter den Bedingungen der Digitalisierung die politische Gestaltung der Lebensverhältnisse zu sichern und den Vorrang demokratischer Prinzipien vor den Interessen mächtiger Akteure zu sichern.

**Gute Arbeit in der digitalisierten Arbeitswelt**

Mit der Digitalisierung steht die Arbeitswelt vor einer vierten industriellen Revolution. Unser Anspruch ist es, dass alle vom digitalen Strukturwandel profitieren. Das ist der Kern des sozialdemokratischen Verständnisses vom Fortschritt: dass es darauf ankommt, den technischen Fortschritt in einen sozialen Fortschritt umzusetzen. Flexibilität und soziale Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt sind kein Gegensatz – im Gegenteil: Soziale Sicherheit schafft erst die Voraussetzung für nachhaltige Flexibilität und Leistungsbereitschaft.

Die Arbeit der Zukunft ist für viele entgrenzter und mobiler als heute. Die neuen Technologien und Kommunikationsformen bieten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Chancen für neue Freiräume durch vernetzte Arbeit, Flexibilität von Arbeitszeit und –ort und mehr Autonomie. Gleichzeitig entstehen Risiken: Arbeitsverdichtung, die Erwartung ständiger Erreichbarkeit und die Spaltung des Arbeitsmarkts in Personen, die zu einer Dauerverfügbarkeit bereit sind und solche, die dies nicht können oder wollen wie Alleinerziehende, Familien, ehrenamtlich Tätige etc. Deshalb müssen den neuen Möglichkeiten klare Rechtsansprüche und einklagbare Spielregeln an die Seite gestellt werden.

Wir wollen, dass die neuen Chancen für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen zu einem Gewinn werden, zu besseren Arbeitsbedingungen, gerechterer Entlohnung und mehr Freiheit und Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen und eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ermöglichen. Wachsende Vernetzung darf weder zu ständiger Überwachung der Beschäftigten noch zu ständiger Erreichbarkeit führen. Eine Zukunft der Arbeit mit digitalisierten „Arbeitskraftunternehmern“ als sich permanent selbst vermarktende Beschäftigte wird es mit uns nicht geben.

Weil die Individualisierung der Produktion mit der Individualisierung der Beschäftigten einhergeht, müssen für fragmentierte Belegschaften neue Formen kollektiver Solidarität und Interessenvertretung gefunden werden. Die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen gelingt nur mit zeitgemäßer betrieblicher Mitbestimmung.

Insbesondere die Teilhabe älterer oder behinderter Menschen am Arbeitsleben kann durch die Digitalisierung verbessert und größere Barrierefreiheit im Berufsleben gewährleistet werden. Intelligent gesteuerte Maschinen können zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit beitragen und Menschen mit Behinderung neue Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnen.

Für eine neue digitale Arbeitskultur wollen wir deshalb

- **Freiräume schaffen und das Recht auf flexiblere Arbeitszeiten ausbauen für mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte statt Anwesenheitszwang und Überstunden.**
- **dass Arbeitszeit- und Erreichbarkeitsbegrenzungen bereits technisch fixiert und geschützt und Überlastungen durch konsequenten Arbeitsschutz gegen Arbeitsverdichtung und Dauererreichbarkeit vermieden werden.**
- **dass besonders für die Lebenssituation und Arbeitsumstände der „Crowdworker“ faire Standards etabliert werden und dass die soziale Absicherung dieser Menschen durch die Bürgerversicherung sichergestellt werden muss.**

- bestehende Bestimmungen zu Arbeitsschutz und Beschäftigtendatenschutz dem Wandel der Arbeitswelt anpassen und Missbrauch von Werksverträgen zur Umgehung sozialversicherter Arbeitsverhältnisse einen Riegel vorschieben.
- gemeinsam mit den Gewerkschaften Mitbestimmung 4.0 entwickeln. Wir wollen *solidarity by design*: Schon die Programme bzw. die programmierten Arbeitsabläufe müssen so gestaltet werden, dass sie solidarische Prozesse organisieren bzw. begünstigen.
- Selbstbestimmung und Privatsphäre schützen: Durch klare Regeln bei der Datenerhebung und -speicherung, dem Screening und der Weitergabe sowie der Leistungsbewertung den „gläsernen Mitarbeiter“ verhindern.
- den Arbeits- und Gesundheitsschutz anpassen, z. B. für Bildschirmarbeit und mobile Dienstausrüstung und die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch angepasste Arbeits- und Organisationsformen verbessern.
- dass Arbeit weiterhin ein Menschenrecht ist. Auch in der digitalen Gesellschaft hat jede und jeder Anspruch auf Teilhabe an Arbeit als Ort der Selbstverwirklichung und gesellschaftlichen Inklusion. Wir wollen eine inklusive Arbeitswelt verwirklichen, die allen Menschen eine gute Perspektive in der neuen digitalen Arbeitswelt bietet.

Die Industrie 4.0 und der digitale Strukturwandel werden manche standardisierten und einfachen Tätigkeiten verdrängen sowie neue, niedrig und höher qualifizierte entstehen lassen. Aber auch anspruchsvolle kognitive Tätigkeiten werden automatisierbar. Mit Arbeitsplatzverlusten oder -verschiebungen ist zu rechnen. Es entstehen neue Formen der Arbeitsteilung. Die Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten rücken noch weiter in den Mittelpunkt. Individuelle Qualifikationen erhalten so einen neuen Stellenwert bei gleichzeitiger Verkürzung von Innovations- und Wissenszyklen. Bestehende Berufsbilder müssen weiter entwickelt werden und ganz neue Berufe entstehen. Die Ausbildung muss möglichst praxisnah auf diesen Wandel reagieren. Deshalb wollen wir

- Die Ausbildungsgarantie und der Rechtsanspruch auf konsequente Nachqualifizierung von Beschäftigten hin zu einem Berufsabschluss, der in der Industrie 4.0 zukunftsfähig ist.
- Die Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten in Unternehmen und der Entwicklung von Programmen zur Qualifizierungsplanung bis hin zu einem Anspruch auf Weiterbildung.
- Die Verbindung von dualen Ausbildungsgängen mit Studiengängen unter dem Leitbild einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz und die Weiterentwicklung der Verbindung von Forschung und Wissenstransfer an Hochschulen über praxisorientierte Transfereinrichtungen.
- Die Einrichtung von überbetrieblichen „Lernfabriken“, in denen Beschäftigte in Aus- und Weiterbildung verkettete Produktionsprozesse auf der Basis realer Industriestandards kennen und anwenden lernen.

**Wirtschaft: Fairer Wettbewerb – mehr Wirtschaftsdemokratie wagen**

Mit der Digitalisierung ändern sich die ökonomischen Produktionsbedingungen grundlegend. Dezentrale Produktionsprozesse, die Diffusion und breite Verfügbarkeit von Wissen und Technologie, die Frage nach Urheberrecht und geistigem Eigentum, neue Dienstleistungssektoren und Produktivitätsfortschritte fordern Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik heraus. Mit atemberaubender Geschwindigkeit entstehen neue Markt- und Machtkonzentrationen in Kartellstrukturen, die bislang undenkbar waren - ohne ausreichende Moderation und Regulierung zugunsten eines fairen Wettbewerbs.

Diese wirtschaftlichen Veränderungen stellen die Machtfrage neu. Die Dynamik transnationaler Konzernstrukturen in der digitalen Welt, denen sich niemand entziehen kann, kann eine neue Gefahr für Demokratie und Teilhabe darstellen, weit jenseits ökonomischer Fragen. Die Debatte um das Verhältnis von wirtschaftlicher zu demokratisch-politischer Macht und Gestaltungsmöglichkeit gewinnt an Bedeutung und muss an Geschwindigkeit gewinnen.

In der digitalisierten Wirtschaft wandelt sich das Verhältnis von Produzent und Konsument, wenn Letzterer zunehmend an der Entwicklung von Produkten mitwirkt. Daraus entwickeln sich neue und spannende Projekte, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren können. Bei angemessenen Gewinnbeteiligungen oder bei Non-Profit-Geschäften kann dies auch zu einer Demokratisierung der interaktiven Wertschöpfung führen, wenn Produktnutzungen bzw. mögliche Gewinne geteilt und nicht Innovationen und kreatives Engagement bloß abschöpft werden.

Nötig ist auch ein neuer Daseinsvorsorgebegriff für das digitale Zeitalter. Was für Bahn und ÖPNV, Telefon und Post, Wasserversorgung und Energie gilt, gilt auch für neue Geschäftsmodelle wie z. B. soziale Netze und Suchplattformen: sie sind für gesellschaftliche Teilhabe unverzichtbar, strukturell monopolistisch und verwenden mit persönlichen Daten eine Währung, deren Konsequenzen unabsehbar sind. Dafür sind Zugangsmöglichkeiten für alle und klare Spielregeln erforderlich.

- **Für uns gilt: Auch im digitalen Zeitalter ist die Wirtschaft für die Menschen da und nicht umgekehrt.**
- **Wir wollen, dass endlich alle kartellrechtlichen Maßnahmen in Deutschland und Europa ausgeschöpft werden, um weitere Monopolbildungen zu verhindern, und die geltenden Regeln den Herausforderungen der digitalen Globalisierung angepasst werden.**
- **Wo Unternehmen neue, digitale Angebote der neuen Daseinsvorsorge machen, wollen wir geeignete Regeln entwickeln, um der quasi-öffentlichen Rolle in einer der staatlichen Aufgabenerfüllung vergleichbaren Regulierung gerecht zu werden.**
- **Wir wollen, dass auch in den neuen interaktiven Geschäftsmodellen alle, die zur Entstehung von Werten beitragen, an der Wertschöpfung fair beteiligt werden.**
- **Für alle Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt: Neue digitale Zugangsmöglichkeiten wie Internetplattformen, Selbstbedienungsautomaten oder Apps sind Ergänzung, nicht Ersatz. Sie dürfen die Teilhabe und Nutzung für Menschen ohne digitalisierten Zugang nicht beeinträchtigen.**

Der wachsende Online-Handel ist die größte Herausforderung für den Einzelhandel und für viele Wirtschaftsbereiche darüber hinaus. Durch Anbieteralleinstellung entstehen nicht nur Handels- oder Dienstleistungsmonopole. Unternehmen streben an, die ganze Wertschöpfungskette von der Idee bis zum Endverbraucher in eine Hand zu bekommen. Es entsteht ein ungekannter Druck nicht nur auf den Einzelhandel, sondern auch auf Produzenten und Entwickler. Und statt Personal- und Ladenvorhaltekosten werden Händlermargen für Frei-Haus-Lieferungen von Einzelobjekten aufgewendet, was auch unter ökologischen Aspekten einen Irrweg darstellt.

Nötig ist eine doppelte Strategie der Wettbewerbsregulierung und Gleichbehandlung einerseits sowie der gezielten Förderung eigener, lokaler und regionaler Märkte durch und für digitale Produkte andererseits – mit dem Nebeneffekt einer Demokratisierung durch Dezentralisierung.

- **Wir wollen verbindliche Flächentarife für den gesamten Handel.**
- **Wir wollen, dass dort, wo der Endverbraucher lebt, auch die Besteuerung des Verkäufers erfolgt, damit sogenannte Steueroasen trockengelegt werden.**
- **Wir wollen lokale Internetmarktplätze für den Einzelhandel und Dienstleistungen fördern und lokale Anbieter digitaler Produkte für lokale Projekte unterstützen.**

Die Wirtschaftsform der Allmende (neudeutsch „Sharing-Economy“) sowie genossenschaftliche Eigentums- und Betriebsmodelle, also das formelle oder informelle Teilen und gemeinschaftliche Nutzen von Gebrauchsgegenständen, Boden und Infrastruktur hat eine lange Tradition in Gemeinwesen, Gemeinden, Familien und Nachbarschaften. Im überregionalen oder globalen Maßstab haben dagegen sog. Sharing-Modelle wie das Pseudotaxiunternehmen Uber oder private Übernachtungsvermittler als kommerzielle Plattformen erhebliche Folgewirkungen von hohem Druck auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen traditioneller Anbieter.

- **Digitale Verfahren bieten die Möglichkeit, lokale Modelle des lokalen Teilens in gemeinschaftlichem Eigentum zeitgemäß weiter zu entwickeln und neu zu entdecken, wie zum Beispiel bei zeitgemäßen Carsharing Modellen. Diese Formen dezentralen, am Gemeinwesen orientierten Wirtschaftens wollen wir fördern, zum Beispiel durch lokale Tauschplattformen für Wissen, Gegenstände, Dienstleistungen und ehrenamtliches Engagement.**

### **Digitale Infrastruktur ist Daseinsvorsorge**

Zugang zum Internet ist öffentliche Daseinsvorsorge. Ein zeitgemäßer, leitungsfähiger Internetzugang für alle ist eine Frage der Gerechtigkeit und Chancengleichheit, besonders im ländlichen Raum und dünner besiedelten Gebieten. Unzureichende Versorgung mit leistungsstarken Internetanschlüssen ist ein zentrales Hemmnis, nicht nur für die Wirtschaft. Für jede Form der Teilhabe und Partizipation ist der Zugang zum schnellen, breitbandigen und leistungsfähigen Internetanschluss unverzichtbar. Angesichts des demographischen Wandels ist die angemessene Internetversorgung ländlicher Räume eine zentrale Strukturmaßnahme. Aber gerade KMU in unterversorgten Regionen stehen schon heute vor existenziellen Problemen. Kein schnelles Internet heißt: kein Cloud-Computing, kein Anschluss an die Industrie

4.0! Erforderlich ist deshalb Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität bei der Ausbauplanung.

- **Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Zugang zum Netz für jede und jeden unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, sozialer oder kultureller Herkunft. Zugang zum Netz ist Bestandteil der Daseinsvorsorge. Das bedeutet auch Berücksichtigung bei der Bedarfsberechnung von Sozialleistungen.**
- **Wir streben eine gleichmäßige Versorgung mit schnellem Internet diskriminierungsfrei in Stadt und Land an, mit einer transparenten Umsetzung. Dabei präferieren wir die Technologie der Glasfaserverkabelung.**
- **Wenn Landkreise und Kommunen die Breitbandverkabelung in Eigenregie und mit eigenen Investitionen voranzutreiben, wollen wir diese Form der kommunalen Selbsthilfe stärker durch Land und Bund unterstützen. Das Verlegen von Kabeln zum Breitbandausbau muss verbindlicher Bestandteil bei Straßeninfrastrukturmaßnahmen und der Planung von Neubaugebieten sein.**
- **Datensicherheit ist unverzichtbar! Wir wollen hochsichere, lokale Cloud-Plattformen fördern, um die horizontale und vertikale Vernetzung der mittelständischen Unternehmen, Großunternehmen und Forschungseinrichtungen in der Region zu gewährleisten.**
- **Wir wollen aber auch die Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erheblich ausbauen. Alle Bereiche der lokalen Wirtschaftsförderung vom Parkplatzangebot und ÖPNV-Status als Echtzeitinformation über lokale und kommunale Energiesteuerung für optimale Energieeffizienz und Energieeinsparung bis zum intelligenten Stadtmarketing können zur Dezentralisierung beitragen.**

### **Die Chancen der Digitalisierung für den Mittelstand nutzen**

Aufgabe guter Wirtschaftspolitik ist es, wirtschaftliche Potenziale zu fördern und regionale Wachstumsimpulse zu setzen, an denen alle Menschen teilhaben können. Wir wollen eine Infrastruktur auf Höhe der Zeit, die den eigenen Standort stärkt, die Arbeitsplätze mit leistungsgerechten Einkommen und Löhnen schafft und, die schonend und ökonomisch mit unseren natürlichen und menschlichen Ressourcen umgeht. Dafür bietet die Digitalisierung einzigartige Chancen. Sie wollen wir entschieden nutzen, um alte Wertschöpfungen zu erneuern und ein neues Wirtschaften zu befördern.

Mit der Digitalisierung gibt es zwar gute Aussichten auf hochwertige und zukunftsfeste Arbeitsplätze in Mittelstand und Großunternehmen, im Gewerbe ebenso wie in der Produktion. Aber während in vielen Schlüsselbranchen der Industrie 4.0 deutsche Großunternehmen häufig sogar Weltmarktführer sind, gibt es bei der Mehrheit der KMU in der Digitalisierung ihrer Prozesse noch einen enormen Nachholbedarf. Eine gute digitale Mittelstandspolitik bedeutet das uneingeschränkte Bekenntnis zu einer kleinteilig florierenden Wirtschaft mit mehr Beschäftigung und Wohlstand für alle. Wir wollen

- **etablierte Unternehmen bei ihrer digitalen Migration unterstützen, gute Bedingungen für Neugründungen schaffen.**

- durch konsequente Anwendung und Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens, z. B. im Kartellrecht, angemessene Wettbewerbsbedingungen wieder herstellen, wo sie durch massive Monopolbildungen gefährdet sind.
- den Wissens- und Technologietransfer beschleunigen und verbessern, entsprechend dem von uns vorgelegten Konzept für eine institutionelle und personelle Verknüpfung von wissenschaftlicher Qualifikation und Wirtschaftserfahrung.

Die Unterversorgung von Neugründungen mit Wachstumskapital in Deutschland ist ein großes Manko angesichts der Dynamik der Entwicklung der digitalisierten Wertschöpfungsketten, obwohl gerade für IT-Start-ups im Umfeld der Industrie 4.0 ein sehr guter Nährboden besteht. Um das Angebot an Wagniskapital zu erhöhen, sind wenigstens zwei Maßnahmen erforderlich:

- Die von der EU-Kommission gelockerten Beihilferegeln durch mehr Engagement der öffentlichen Förderinstitute und Beteiligungsgesellschaften ausschöpfen. Daher wollen wir, dass mehr und verbesserte Beratungs- und Finanzierungsangebote öffentlicher Finanzinstitute für digitale Gründerinnen und Gründer geschaffen werden.
- Schließlich wollen wir neben einem Ausbau öffentlicher Finanzierung durch steuerliche Erleichterungen auch risikoreiche private Investitionen erleichtern.

### **Kultur- und Kreativwirtschaft fördern**

Das Internet eröffnet große Chancen für die Teilhabe aller an Kunst und Kultur, unabhängig von Faktoren wie Wohnort, Einkommen oder Gesundheitszustand. Zugleich hat die Digitalisierung massive Auswirkungen auf alle Phasen künstlerisch-kreativer Arbeit – von der Produktion bis zum Vertrieb.

Der Buchmarkt zeigt bereits heute exemplarisch die Auswirkungen. Ausgedünnte und verkürzte Wertschöpfungsketten von der Idee bis zur Auslieferung stellen Wettbewerbsregeln vor ganz neue Herausforderungen: in Verbindung mit den hochdynamischen Monopolisierungstendenzen der digitaler Konzerne bergen sie Gefahren für Vielfalt und Offenheit des gesellschaftlichen Diskurses und seiner Medien insgesamt.

Wachsenden Möglichkeiten künstlerisch kreativer Arbeit und ihrer Verwertung stehen Herausforderungen zu Vergütung und Rechten der Künstlerinnen und Künstler gegenüber. Der Boom der Kultur- und Kreativwirtschaft führt bisher keinesfalls zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden: Sie sind von hohen Risiken, schlechter Bezahlung und der Auslagerung auf (Schein-)Selbstständige und Subunternehmer geprägt. Insbesondere im Bereich der Musik-Produzierenden findet ein „Verramschen“ der Rechte z.B. bei Flatrate-Anbietern wie Spotify zum Nachteil der Kreativen statt. Wo Konsumentinnen und Konsumenten mit personenbezogenen Daten indirekt bezahlen, haben Kreative keinen Nutzen davon.



- **Wir wollen, dass die Kunst- und Kreativschaffenden angemessen am Ertrag ihrer Arbeit beteiligt werden. Daher wollen wir deutsche und europäische Initiativen zur Gründung eigener Vertriebsplattformen für Kreative sowie die weitere Entwicklung eigener Märkte unterstützen.**
- **Wo die Verwertung von Inhalten zum normalen Erwerbsleben von Kreativen gehört, wollen wir eine konsequente Stützung des Urheberrechts.**
- **Wir wollen eine angemessene Vergütung von Kunst- und Kreativschaffenden und den Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung. Dazu wollen wir auch Interessensvertretungen der lange unorganisierten Kunst- und Kreativschaffenden politisch unterstützen.**

### **Digitale Bildung von der Kita bis zur Hochschule**

Bildung und Ausbildung entscheiden im Informationszeitalter mehr denn je über konkrete Lebensperspektiven: über Chancen auf dem Arbeitsmarkt, über die Umsetzung der individuellen Lebensentwürfe und über eigenständige und mündige Teilhabe am politischen und kulturellen Leben. Wissen, sein Erwerb und der Umgang mit Veränderungen werden zu zentralen Qualifikationen in der digitalisierten Gesellschaft. Eine entscheidende Rolle kommt der Fähigkeit zu, Informationen zu filtern, kritisch zu bewerten und zu strukturieren.

Die SPD ist auch und gerade im digitalen Zeitalter die Partei der Bildungsgerechtigkeit. Bildung ist Chancengleichheit und Emanzipation. Wir wollen die Potentiale der Digitalisierung für mehr Bildungsgerechtigkeit, Partizipation und Autonomie nutzen und ihr emanzipatorisches Potential ausschöpfen.

Bildungsarmut findet ihre Ursachen weiterhin im sozialen Umfeld der Betroffenen und deren ungleichen Bildungschancen – daran ändert die digitale Gesellschaft nichts. Mit dem Internet wird Wissen überall und jederzeit verfügbar – für bildungsaffine Nutzer. Damit verstärkt das Internet Bildungsungleichheit und sozial bedingte Chancenungleichheit insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Dies gilt insbesondere für den Umgang mit den Neuen Medien. Wo Menschen keinen Umgang mit der digitalen Durchdringung unserer Welt finden, droht uns die digitale Spaltung der Gesellschaft und mit ihr eine neue Dimension sozialer Ungerechtigkeit. Nötig ist eine umfassende Strategie der gezielten Medienbildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

In den sozialen Netzen, auf Blogs und in Videos tauschen sich Kinder und Jugendliche über das Erlebte aus, eifern Vorbildern nach und schaffen auch ganz eigene Kulturen. Das Internet ist heute längst sinnstiftendes Element im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Medienerziehung soll Kinder dabei begleiten und darauf vorbereiten, mit dem Internet und insbesondere sozialen Medien einen selbstbestimmten Umgang zu üben.

Digitale Bildung besteht für uns in drei Aufgabenfeldern: der Fähigkeit, Neue Medien zu bedienen, der Fähigkeit, Neue Medien zu gestalten und digitale Produkte

hervorzubringen und der Fähigkeit, ein eigenständiges, kritisches Verhältnis zu den Neuen Medien zu entwickeln.

- Wir wollen die digitale Spaltung zwischen denen, die digitale Medien und Angebote kompetent nutzen können und denen, die das noch nicht können, überwinden. Dazu gehören ein flächendeckendes Angebot zum Erwerb und Ausbau von Medienkompetenz von der KiTa und Schule über berufliche Bildung und Weiterbildungsangebote bis zur Senioreneinrichtung, frei zugängliche Nutzungsgelegenheiten in öffentlichen Einrichtungen und eine angemessene Ausstattung für Kitas, Schulen und Hochschulen.
- Wir wollen, dass bereits in Grundschulen geübt wird, Medieninhalte nicht nur zu konsumieren, sondern die interaktiven Möglichkeiten zur eigenständigen Gestaltung zu nutzen und die Elternberatung zur Mediennutzung zum festen Bestandteil von Elterngesprächen ab der Kita machen.
- Zur Medienkompetenz gehört die Fähigkeit, Risiken und Möglichkeiten der Weitergabe persönlicher Informationen einzuschätzen, das Wissen um die Manipulierbarkeit und Beeinflussungsmöglichkeiten und das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit. Medienkritik ist unerlässlich. Neben Informatik als technischem Fach der Möglichkeiten gehört auch das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit für uns zu guter Bildung.
- Bildungsinstitutionen sind auch Schonräume. Wir wollen nicht, dass Neue Medien analoges Lernen und Lehren ersetzen, sondern sie dort ergänzen, wo digitale Bildung einen emanzipatorischen Mehrwert für unsere Kinder und Jugendlichen leistet.
- Wir wollen, dass medienpädagogische Kompetenzen zum festen Angebot von Ausbildung, Studium, Vorbereitungsdienst, Berufseinstiegsphase, Fort- und Weiterbildung in den pädagogischen Berufen und zum ABC von künftigen Lehrkräften in allen Fächern gehören.
- Didaktik im digitalen Zeitalter muss sich stärker an den Lebensrealitäten von Auszubildenden und Studierenden orientieren. Dazu wollen wir neben der technischen Innovationsforschung auch solche Forschungsvorhaben fördern, die eine auf Neue Medien gestützte Didaktik und die digitale schulische und betriebliche Lehre und Hochschullehre zum Gegenstand haben. An den Hochschulen müssen die Berechnungsgrundlagen von Lehrdeputaten an die Durchführung von Onlinekursen angepasst werden.
- Wir wollen den angemessenen Umgang mit eigenen Daten, mit Mobbing und Bloßstellungen im Netz unter Gleichaltrigen verbessern durch Beratungsangebote und einen Medienschutzbeauftragten an jeder Schule.
- Wir wollen, dass bei der Erneuerung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags neben dem Schutz vor gewaltverherrlichenden und pornographischen Inhalten auch der besondere Schutz personenbezogener Daten von Kindern und Jugendlichen und die zunehmende Bedeutung der digitalen Medien für das soziale Beziehungsgefüge aufgenommen werden.

## Medien und Information in der Digitalisierung

Öffentliche Debatte und gesellschaftlicher Diskurs sind das Herz der Demokratie. Die digitale Öffentlichkeit bietet hier große Chancen: Informationen stehen zunehmend

direkt zur Verfügung und auch die Veröffentlichung der eigenen Meinung ist auf Plattformen unmittelbar möglich. Blogs, Twitter, elektronische Zeitungen bieten durch geringe Kosten und ihre horizontale Vernetzung mit Diskursteilnehmern ganz neue Chancen für die Beteiligung von nichtökonomisch motivierten Akteuren. Politik steht wie nie zuvor im Blick einer wachen und meinungsstarken Öffentlichkeit. Die neuen Technologien bieten auch neue demokratische Chancen, wenn Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeiten nutzen.

Zugleich besteht die Gefahr einer verschärften Desorganisation von Öffentlichkeit in digitale Teilöffentlichkeiten. Es fehlt im virtuellen Raum oft jener qualifizierte und massenmedial organisierte Journalismus, der die dezentralisierten Botschaften wieder in Gesamtzusammenhänge stellt und einen allgemeinen Austausch ermöglicht. Zudem kann die hohe Kommunikations- und Verbreitungsgeschwindigkeit digitaler Information zu einem Verlust an inhaltlicher Differenzierung, Recherchemöglichkeiten und Qualität und Einheitlichkeit der Berichterstattung führen, die selbst Pluralität vermindert und verhindert. Und digitale Informationsvorfilterungen durch Such-Algorithmen, wie bei Google, führen zu intransparenten Vorselektionen und zirkulärer Informationsauswahl.

Deshalb ist gerade angesichts der Fülle und Unübersichtlichkeit des digitalen Angebots die freie, unabhängige und professionelle journalistische Beobachtung und Berichterstattung unverzichtbar, weil letztlich nur so eine angemessene gesellschaftliche Kontrolle möglich ist. Damit journalistisch-redaktionelle Angebote auch in Zukunft einen relevanten Beitrag zu unserer Öffentlichkeit leisten können, müssen neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden und der entsprechende rechtliche Rahmen gestaltet werden:

- **Wir wollen Instrumente entwickeln helfen, die die journalistische Arbeit angemessen schützt.**
- **Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt dabei eine wachsende Aufgabe als einem Medium zu, das nicht primär unter ökonomischem Druck entsteht, sondern auf einem gesellschaftlich bestimmten Auftrag beruht. Wir werden darauf hinwirken, dass aufwendige Recherchen und hochwertige journalistische Tätigkeiten belohnt werden, sowie faire Vertragsbedingungen für Produzentinnen und Produzenten Maßstäbe setzen.**
- **Außerdem wollen wir mit den Hochschulen sicherstellen, dass die journalistische Ausbildung im digitalen Zeitalter weiterhin hohen Kriterien genügt.**
- **Durch einen Ausbau des Informationsfreiheitsrechts zu einem Transparenzgesetz sollen die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der Gesellschaft gefördert und die Möglichkeit der Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürgerinnen und Bürger verbessert werden.**
- **Wir wollen mehr Demokratie in dem Sinne wagen, dass staatliche und privatwirtschaftliche (Monopol-)Strukturer der Betreiber von technischer Infrastruktur und Plattformen zugunsten öffentlicher und privater Selbstorganisation und Teilhabe zurückgenommen werden.**

## **Teilhabe am öffentlichen und politischen Diskurs**

Das Internet, Chaträume und Informationsplattformen, die sozialen Netzwerke und andere Formen der privat organisierten Information haben die Gesellschaft verändert. Eine neue Form von Massenkommunikation und Beteiligung auf unterschiedlichsten Ebenen hat sich etabliert. Zugleich stellen wir für Deutschland häufig fest, dass politische Teilhabe und Willensbildung nur noch kleine Teile der Bevölkerung erreicht, in denen sich meist besser gebildete mit größeren zeitlichen Reserven engagieren.

Wir wollen aber auch eine Beteiligung derjenigen erreichen, die im von der Mittelschicht geprägten Beteiligungsdiskurs keine Stimme haben, die dafür weniger Zeit aufwenden können und deren Lebenswelt so geprägt ist, dass Partizipation an gesellschaftlichen Diskursen für sie weit hinten steht.

- **Wir wollen, dass Informationen über gesellschaftliche Prozesse, über Beteiligungsverfahren und Themen allgemein verständlich aufbereitet werden. Der von uns vorgeschlagene Anspruch auf Behördenbescheide in leicht verständlicher Sprache muss zuerst in den Informationen zur Bürgerbeteiligungen umgesetzt werden**
- **Gemeinsam mit Netzanbietern wollen wir freie Infokanäle und digitale Dorfplätze schaffen, die nicht mit den eingegebenen Daten bezahlt werden, für den Austausch von Informationen, Tauschbörsen und dezentraler Selbstorganisation und Diskussion.**
- **Wir werden digitale Partizipationsmöglichkeiten so in administrative Prozesse einbauen, dass Meinungsäußerungen der Bürgerinnen und Bürger ausgewertet werden, um sie in die Entscheidungsfindung einfließen lassen zu können.**

## **Reform von digitaler Partizipation und Informationsteilhabe in der Partei**

Partizipation an Gremien ist das A und O einer lebendigen Partei. Dazu gehören die klassischen Willensbildungsprozesse innerhalb der SPD. Dazu gehören aber auch digitale Plattformen, die noch allzu sehr von kommerziellen Strukturen abhängen, die unseren (analogen) Standards von Datenschutz nicht genüge tun:

- **Daher wollen wir rasch eine digitale Infrastruktur auf Open-Source-Basis aufbauen, welche die Möglichkeiten der weitgehenden horizontalen und vertikalen Vernetzung unserer Partei und der digitalen Selbstorganisation ihrer Gremienmitglieder bieten soll.**
- **Außerdem wollen wir weiterhin prüfen, wie eine gute digitale Partizipation, Debatten- und Abstimmungskultur in der SPD sichergestellt werden kann, die auch analoge Partizipation nicht unter dem Druck digitaler Flexibilisierung zurückstellt.**

## **Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung schützen**

In der digitalen Gesellschaft sind persönliche Daten zum Rohstoff und das Internet zum allgegenwärtigen Lebensraum geworden. Mit Smartphone, im Auto oder am Arbeitsplatz sind wir dauerhaft mit dem Internet verbunden.

Massenhaft werden Daten gesammelt und können verarbeitet werden - öffentlich und/oder in Unkenntnis der Betroffenen gesammelte Informationen, aber vor allem auch freiwillig oder semi-freiwillig. Daraus ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für persönliche Sicherheit und Bequemlichkeit. Zugleich entsteht eine Transparenz, Vorhersagbarkeit und Manipulierbarkeit der Bürgerinnen und Bürger, die für staatliche Machtausübung, vor allem aber im Rahmen privater kommerzieller Anwendungen genutzt werden kann und wird. Lückenlose Überwachung von Mobilität, Konsum und Interessen ermöglicht die weitgehende Transparenz der ganzen Person, einschließlich der Risiken fehlerhafter Daten.

Entscheidend ist, wer die Kontrolle über die Daten besitzt. Angesichts der Komplexitätsgrade möglicher Datenverwertung und der Unübersichtlichkeit möglicher und vielleicht irgendwann möglicher Nutzungen, Auswertungen und Interpretationen kommt es darauf an, dem Individuum den Herrschaftsanspruch über seine Daten zu sichern. Wir wollen, dass die Nutzerinnen und Nutzer die Gewalt über ihre Daten behalten und gleichzeitig die Vorteile neuer Technologien nutzen können.

Grundsätzlich gilt: Nur gespeicherte Daten können verwendet oder missbraucht werden. Mit dem Konzept der Datensparsamkeit wird dem Rechnung getragen: was nicht gespeichert wurde, das kann auch nicht ge- oder missbraucht werden.

- **Wir wollen deshalb eine sparsamste Datenerfassung und Speicherung. Geregelt werden muss, wie und wann welche insbesondere elektronisch erfassten und gespeicherten Daten zu schützen und zu vernichten sind.**
- **Wer gewerblich oder staatlich Daten speichern will, muss konkrete Anforderungen erfüllen: die gespeicherten Daten müssen einer konkreten Anwendung zugeordnet werden können (Zweckbindung) und müssen einem identifizierbaren Zweck dienen (Kontextbezug). Die Verwendung von Daten muss transparent erfolgen.**
- **Jede Bürgerin und jeder Bürger muss gegenüber jedem das Recht auf vollständige Auskunft über die von ihm gespeicherten Daten haben.**
- **Nicht nur Kommunikationsinhalte, sondern auch Metadaten lassen Rückschlüsse auf die Person, ihre Ideen und Überzeugungen, Handlungen und Entscheidungen, persönliche Verhältnisse und privaten Handlungen zu. Deshalb wollen wir einen Genehmigungsvorbehalt für die Speicherung von Metadaten.**

Die SPD bekennt sich zur Unschuldsvermutung und stellt sich klar gegen Generalverdächtigungen und massenhafte staatliche Überwachung.

- **Alle staatlichen Datensammlungen müssen regelmäßig und umfassend auf ihre Funktionalität und ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Wir setzen uns für eine gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Geheimdiensten und deren verstärkte Kontrolle durch Parlamente ein.**

Das Individuum hat heute in den seltensten Fällen reale Macht über den Umgang mit seinen Daten. Lange und für Nicht-Juristen unverständliche Einverständniserklärungen sind zum Gatekeeper von sozialen Interaktionen und sogar Arbeitsbeziehungen geworden. Damit wird faktisch dem Individuum die Kontrolle über seine Daten entzogen, wenn er oder sie nicht den Preis gesellschaftlicher Exklusion zahlen will. Angesichts der Komplexität der Auswirkung einer Freigabe von Daten muss die Entscheidung über den Umgang mit Daten dauerhaft bei jedem einzelnen Menschen liegen. Das bedeutet:

- **Die konkrete Erlaubnis über die Verwendung, Speicherung und Weitergabe von Daten durch private oder staatliche Akteure muss in jedem Fall an eine widerrufliche Einverständniserklärung gebunden sein. Spätere weitere Nutzungen bedürfen einer eigenen Erlaubnis.**
- **Die Beweispflicht über das umfassende Verständnis des erklärten Einverständnisses ist umzukehren und dem datenspeichernden Akteur aufzuerlegen.**
- **Es muss darüber hinaus der Grundsatz der Rückholbarkeit gelten: Nur wenn die komplette Löschung von Daten dauerhaft garantiert werden kann, ist eine Erlaubnis zur Speicherung auszusprechen.**
- **Datensouveräne Entscheidungen müssen am Wohnsitz des Individuums justiziabel sein.**
- **Zur Unterbindung von Datenmissbrauch sind starke Kontrollinstrumente einzuführen. Personen, die Missbrauch öffentlich machen, sog. Whistleblower, sind besonders zu schützen.**

Datenschutz kann angesichts globalisierten Datenaustauschs nicht nur ein regionales oder nationales Thema sein. Fragen des Umgangs mit Daten werden mindestens auf Ebene der Europäischen Union, wenn nicht in weltweiten Debatten ausgehandelt. Die Anforderungen an gesetzliche Regelungen entwickeln sich immer schneller als die Regelungen selbst.

- **Wir wollen Datenschutz zu einem politischen Schwerpunktthema der deutschen und europäischen Sozialdemokratie entwickeln. Wir wirken darauf hin, dass dennoch weiter bestehende Lücken durch die nationale Gesetzgebung gefüllt werden.**
- **Wir wollen eine grundsätzliche Befristung aller Datenschutzbestimmungen, um eine andauernde parlamentarische und juristische Neubewertung aktueller Herausforderungen zu gewährleisten. Gesetzliche Initiativen sind auf allen Ebenen auf ihre Folgen für Fragen des Datenschutzes zu überprüfen.**
- **Konzepte wie „privacy by design“ und „security by design“ wollen wir bei allen staatlichen Entwicklungen von technischen und Software-Lösungen von Anfang an berücksichtigen.**

Die freiwillige Erfassung von biomedizinischen Daten darf nicht zu einer weiteren Entsolidarisierung führen, wie erste Versicherungsunternehmen es bereits ins Auge fassen.

- **Vereinbarungen und insbesondere Versicherungen, vor allem Kranken- und Pflegeversicherungsmodelle sowie Lebens- und Rentenversicherungen, Arbeitsverträge und so weiter, die dem Versicherten Vor- oder Nachteile auf**

der Grundlage von nach Vertragsschluss erhobenen biomedizinischen Daten gewähren, lehnen wir ab und fordern, sie gesetzlich zu unterbinden. Bei vor Vertragsschluss erhobenen Daten ist normativ zu regeln, welche Daten überhaupt verlangt oder verwendet werden dürfen.

- Mit der Einführung der solidarischen Bürgerversicherung für alle werden Versicherungsmodelle mit umfassender Kontrolle der Versicherten ausgeschlossen.